

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur *Fanny Michow.*  
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Dienstag, 24. Juni 1919. Nr. 262.

Kartoffelabgabe. Mittwoch, Donnerstag und Freitag werden im 2. und 3. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte S und T der Kartoffelkarte abgegeben.

Salvatormedaillen für Pfadfinder. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung dem Reichsfeldmeister der Pfadfinder Emmerich Täuber, dem Hauptfeldmeister Robert Ulrich, Karl Barteis und Adolf Kratky und dem Oberfeldmeister Karl Slonek für verdienstvolles Wirken auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge die eiserne Salvatormedaille verliehen.

Faulmann - Gedenkfeier. Anlässlich des 25. Todestages des bekannten Wiener Schriftgelehrten Professor Karl Faulmann, der das nach ihm benannte Stenographiesystem schuf, versammelten sich dessen Freunde Samstag, 28. d. M. um 2 1/2 Uhr nachmittags an seinem Grabe im alten evangelischen Friedhof zu einer schlichten Erinnerungsfeier. Die Feier wird von den vereinigten Faulmann Stenographenvereinen veranstaltet.

Budgetdebatte im Stadtrat. In der heutigen Stadtratsitzung wurde die Beratung des Hauptvoranschlages fortgesetzt. Ueber den Bericht des Referenten StR. Breitner entwickelte sich eine längere Generaldebatte. StR. Dr. Kienböck betonte, dass es den Christlichsozialen durchaus nicht daran gelegen sei, die Lage der Gemeinde durch blinde Opposition zu erschweren. Die Christlichsozialen werden sich vielmehr der Bedeckungsfrage soweit die Bevölkerung durch dieselben übermässig hart getroffen wird, gewiss nicht widersetzen. Es hätte das Einvernehmen mit dem Staatsamt der Finanzen über die Teilung der Steuerquellen schon längst gepflogen werden sollen. Wenigstens jetzt wäre kein Tag zu versäumen. Bei der Auswahl der Steuerquellen möge sich auch die Mehrheit nicht von der parteimässigen Vorliebe für die eine oder die andere Art der Besteuerung leiten lassen, sondern ausschliesslich von der Erwägung, was am besten durchführbar ist. Die Christlichsoziale Partei wird sich in ihrer Haltung lediglich von diesem Gesichtspunkt leiten lassen. VB. Hoss wendet sich dagegen, dass aus dem Voranschlag verschiedene wichtige Posten, welche den Bau von Bädern, Sanitätsanstalten betreffen, ausgeschieden wurden, und verlangt gleichfalls, dass die Gemeinde Wien die Verhandlungen mit dem Staate über Finanzangelegenheiten mit grösserem Nachdrucke und Eifer pflege. StR. Josef Müller wünscht, dass auf die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksvertretungen dahingehend eingewirkt werde, die weitläufigen Anträge, welche vielfach in die Bevölkerung Verwirrung tragen, zu unterlassen und sich mehr auf den Standpunkt der Tatsachen zu stellen.

StR. Vaugoin verleiht dem Wunsche Ausdruck dass die Entlohnung aller städtischen Angestellten auf eine gleiche Grundlage gestellt werden solle damit das gegenseitige Hinaufkritzieren der Gehälter zwischen den einzelnen Kategorien der Angestellten der Aemter und Betriebe vermieden werde.

StR. Körber regt an, durch die Sozialisierung der grossen Bankinstitute neue Einnahmequellen für die Gemeinde Wien zu schaffen. Der Referent

StR. Breitner erwiderte im Bezug auf die Anregung einer beschleunigten Verhandlung mit dem Staate, dass die Gemeinde Wien diese Verhandlungen mit der Regierung ununterbrochen weiterführe, dass es aber bis jetzt noch nicht gelungen sei, ein Ergebnis zu erzielen. Ebenso wurden mit dem Lande Beratungen gepflogen, die ja auch bezüglich des Projektes einer gemeinsamen Automobilsteuer ein Ergebnis gezeitigt haben und immerhin einen Erfolg bringen dürften. Man habe sich dahin geeinigt, dass Land oder Gemeinde nicht einseitig vorgeben können. Mit dem Staate werden in der allernächsten Zeit in nachrücklichster Form Auseinandersetzungen ge-

pflogen werden, und das vorliegende so schlechte Budget wird gewiss dazu beitragen, dem Standpunkt der Gemeinde erhöhte Geltung zu verschaffen. Der Redner verweist darauf, dass ein grosser Teil der gegenwärtigen schlechten Lage darauf zurückzuführen ist, dass die frühere Mehrheit den ganzen Krieg hindurch eine Reihe von Bauten, die dringend notwendig waren, und ebenso fast alle Herstellungsarbeiten zurückgestellt habe, was ja durch den Material- und Arbeitermangel von rein technischem Gesichtspunkte aus begründet war; finanziell aber wäre es notwendig gewesen, für die einzelnen erforderlichen Posten im Budget Vorsorge zu treffen oder wenigstens eine Reserve anzulegen, aus der seinerzeit die rückgestellten Arbeiten hätten bestritten werden können. Wie leichtsinnig und immer nur auf einen Siegfrieden rechnend die Christlichsoziale Partei vorgegangen ist, beweist die Angelegenheit der rückständigen Koupons. Alle Kriegsjahre hindurch wurden die im Ausland befindlichen und laut einer behördlichen Verfügung nicht einlösbaren Koupons des 1902 er Anlehens, das zum grossen Teil auf Francs lautete, mit 95 h für 1 Franc bewertet, das noch zu einer Zeit, in der der Franc bereits das 3, 4 und 5-fache wert war. Es handelt sich hierbei um 26 Millionen, die nun mit vielleicht 150 Millionen Kronen eingelöst werden müssen, ohne dass nur die geringste Reserve dafür vorhanden ist. Nach Abschluss der Generaldebatte wurde in die Spezialdebatte eingegangen, bei welcher in der heutigen Sitzung die ersten 3 Gruppen des Voranschlages (Verwaltung Steuerwesen und Gemeindevermögen) eingehend erörtert wurden. Abgesehen von einer Anzahl von Anregungen, die vom Magistrate zur weiteren Behandlung entgegengenommen wurden, gelangten die Anträge des Referenten bzw. die Magistratsanträge unverändert zur Annahme.